

Offener Brief der Seebrücke M-V an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und Innenminister Lorenz Caffier

Es ist an der Zeit, JETZT zu handeln!

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig,
Sehr geehrter Herr Innenminister Caffier,
Sehr geehrte Abgeordnete des Landesparlaments,

Die aktuelle Situation der geflüchteten Menschen auf den griechischen Inseln und an der türkisch- griechischen Grenze ist katastrophal. Auf Menschen, die vor Krieg geflohen sind und schon unsägliches Leid erlebten, wird von europäischen GrenzschützerInnen mit Tränengas und Blendgranaten - geschossen, eine militärische Schießübungen über mehrere Tage in dem Grenzgebiet abgehalten, Boote gezielt zerstört oder abgetrieben. Sie werden unter direkter Zeug*nnenenschaft der europäischen Bevölkerung, gefangen gehalten, geschlagen, gefoltert, bis auf die Unterhose beraubt, sogar getötet. Mindestens zwei Todesfälle der letzten Woche sind bekannt. Das Zahl der deutschen BundespolizistInnen, die den griechischen Grenzschutz unterstützt, beläuft sich mittlerweile auf über 70. Die pogromartige Stimmung auf den griechischen Inseln spitzt die Lage zudem weiter zu. Geflüchtete, Ehrenamtliche, NGO-MitarbeiterInnen, FotografInnen und JournalistInnen werden angegriffen, Versorgungszentren und soziale Orte der Unterstützung und Hoffnung, brennen ab.

Die Situation in den Lagern auf den griechischen Inseln ist jedoch gewiss nicht erst seit dem letzten Februar-Wochenende diesen Jahres katastrophal. NGOs berichten seit Jahren über die dortigen Missstände - Geflüchtete, viele von ihnen unbegleitete Kinder und Jugendliche, leben dort seit Jahren unter erbärmlichsten und unhygienischsten Bedingungen, in völlig überfüllten Lagern, die Gewalt und Stress erzeugen.

Perspektivlosigkeit, Hunger, Kälte, Einsamkeit und traumatische Erlebnisse, die sich auf europäischen Boden fortsetzen, haben eine steigende Suizid-Rate - selbst unter den Kindern und Jugendlichen - sowie einen drastischen Anstieg von physischen und psychischen Erkrankungen zur Folge.

Noch immer ertrinken täglich Menschen auf ihrem Weg nach Europa im Mittelmeer. Ungeachtet dessen wurden staatliche Rettungsmissionen im letzten Jahr eingestellt. Private Seenotrettungsinitiativen tun das, worauf sich die EU- Staaten nicht einigen können- sie retten Menschenleben.

Niemand steht es zu, diesen Menschen ihren Flüchtlingsstatus wegzunehmen. Er ist ihr einzig verbliebener Schutz. Was diese Menschen erleben, ist das Katastrophalste, was einem Menschen in seinem Dasein widerfahren kann.

„Jeder Mensch hat das Recht, Rechte zu haben.“ Hannah Arendt

Dieser Satz, aus der barbarischen Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus gezogen, formuliert das Prinzip, dass den europäischen und den internationalen Menschenrechten zugrunde liegt, die zugleich im Grundgesetz der Bundesrepublik verankert sind, und dem sie als Abgeordnete verpflichtet sind.

Diesem Menschenrechtsgewissen wird mit dem beschämenden Minimalkonsens, auf den sich die Bundesregierung kürzlich einigte (gemeinsam in einer sogenannten „Koalition der Willigen“ 1000 bis 1500 geflüchtete Kindern bis 14 Jahren aufzunehmen), in keinsten Weise ausreichend entsprochen.

ES IST ZEIT, ZU HANDELN. JETZT!

Seit dem Sommer 2018 engagieren sich europaweit Menschen in der internationalen Bewegung „SEEBRÜCKE“, die von verschiedenen Bündnissen und AkteurInnen der Zivilgesellschaft getragen wird. Sie setzen sich ein für eine Änderung der EU- Außenpolitik im

Hinblick auf die Seenotrettung. Sie fordern sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung ziviler Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten. Im Zuge dieser Bewegung erklärten sich in Mecklenburg-Vorpommern bisher drei Städte - Rostock, Greifswald und Neubrandenburg - durch Beschlüsse der Bürgerschaft oder der Stadtvertretung zu sicheren Häfen. Deutschlandweit sind es aktuell 138 zu sicheren Häfen. Diese Städte zeigen sich solidarisch mit Menschen auf der Flucht, engagieren sich gegen das Sterben auf dem Mittelmeer und für eine würdevolle Aufnahme von Geflüchteten. Diese Städte sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und zusätzlich zum Königssteiner Schlüssel geflüchtete Menschen aufzunehmen. Dies erfordert eigene Landesaufnahmeprogramme der Bundesländer.

Nach einem uns vorliegenden aktuellen Rechtsgutachten können die Bundesländer nach Information an das Bundesinnenministerium ein eigenes Aufnahmeprogramm auflegen, ohne - wie bisher angenommen - auf dessen Zustimmung angewiesen zu sein. Die im September vergangenen Jahres von Berlin gestartete Bundesratsinitiative, den § 23 Absatz 1 Satz 3 AufenthG zu verändern, ist nach diesem Gutachten nicht zwingend nötig, weil auch jetzt schon durch das Grundgesetz klare Regelungen bestehen, die nicht durch Bundesgesetze näher ausgelegt sind. Die Aufnahme von Flüchtenden aus überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln kann demnach von der Bundesregierung nicht verweigert werden. Den Bundesländern steht das Recht zu, besonders vulnerable Personen, wie etwa Kinder und Mütter oder unbegleitete Minderjährige, aufzunehmen - auch ohne Zustimmung des Bundesinnenministeriums.

Die Länder können auf diesem Wege konkrete Landesaufnahmeprogramme ausarbeiten und somit den Forderungen der Zivilgesellschaft und der eigenen Verpflichtung, als Abgeordnete, auf Grundlage der Menschenrechte zu handeln, nachkommen und die Verantwortung nicht weiter auslagern.

Auch wir hier in Mecklenburg-Vorpommern wollen Verantwortung übernehmen für die Menschen, die ihre Heimat, ihr Hab und Gut, ihren Beruf, ihre Familien und vieles mehr verlassen mussten. Wir wollen nicht weiter zusehen, wie diese Menschen an den Grenzen Europas bekämpft und in ihrer Würde erniedrigt werden!

Die Zivilgesellschaft ist bereit und willens Geflüchtete in unserer Gesellschaft aufzunehmen, PatInnschaften einzugehen, Begleitung und Betreuung - sprich: Verantwortung zu übernehmen.

Sehr geehrte Frau Schwesig, sehr geehrter Herr Caffier:

Nun ist es an Ihnen zu handeln. Gehen Sie mit gutem Beispiel voran und zeigen Sie, dass Sie für Menschenrechte und menschenwürdiges Miteinander in Europa eintreten!

Wir fordern:

- ein Landesaufnahmeprogramm für schutzsuchende Menschen von der türkisch-griechischen Grenze und aus den Lagern der griechischen Inseln. JETZT!
- Unterstützung von griechischen Behörden und NGOs vor Ort bei der Auswahl besonders betroffener Personen.
- umgehende Organisation der Reise dieser Personen in sichere Unterbringungen in unserem Bundesland.
- Schnelle medizinische Versorgung, psychologische und sozialarbeiterische Betreuung.
- Bearbeitung der Asylanträge und in einem fairen nationalen Asylverfahren.

Bündnis SEEBRÜCKE MV